



90 Kilometer gegen das Atom-Risiko

Nach der Anti-Atom-Menschenkette: Was die neue Bundesregierung tun könnte, um die AKW in Deutschland abzuschalten und die Energiewende voranzubringen

→ Schwerpunkt Seite 8-15

Foto: Frédéric Pauwels / Collectif Huma

Tag X am Neckar

Sitzblockade auf der Brücke, Strahlenmessung hinter Mauern: Auf das erste Castor-Schiff sollen noch vier weitere folgen

→ Seite 6-7

„Mitten im Kampf“

Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert über den Versuch der fossil-atomaren Lobby, die Energiewende auszubremsen

→ Seite 12-13

Atom-Stadt Bielefeld

Zu einem kleinen Teil gehört das AKW Grohnde der Stadt Bielefeld. André Plümer kämpft für eine schnellere Stilllegung

→ Seite 18-19

Inhalt

- 3

Editorial
- 4

Anti-Atom-Meldungen
- 6

Neckar-Castor

Rückblick & Aktion | Auf das erste Castor-Schiff sollen noch vier weitere folgen
- 8

An einem Strang

Rückblick | Kettenreaktion Tihange
- 10

Nach der Kette ist vor dem Abschalten

Einleitung | Atomkraft spielt bisher kaum eine Rolle im Wahlkampf. Dabei entscheidet die kommende Bundesregierung, ob die Energiewende wieder Fahrt bekommt und die AKW in Deutschland tatsächlich vom Netz gehen
- 12

„Mitten im Kampf“

Interview | Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert über den Versuch der fossil-atomaren Lobby, die Energiewende auszubremsen, und die Gefahr einer erneuten Laufzeitverlängerung für längst überflüssige AKW
- 14

Belgien – Deutschland

Hintergrund | Sieben bisweilen überraschende Fakten zur Atomkraft westlich und östlich von Aachen
- 16

Eklatante Fehler

Analyse | Die Bundesregierung hätte die Niederlage bei der Brennelemente-Steuer leicht verhindern können. Nun muss die neue Koalition den Milliarden Schaden mit einer verfassungskonformen Neuauflage der Steuer zumindest begrenzen
- 18

„Einfach mal losfahren“

Porträt | André Plümer, 41, organisierte zur Menschenkette von Tihange nach Aachen eine Anti-Atom-Fahrradtour quer durch NRW
- 20

Rückblick

AKW Gundremmingen, Brennelemente-Steuer, Kirchentag, Kulturelle Landpartie
- 21

Atomkraft in Südafrika

Hintergrund | Das Kugelhaufenreaktor-Projekt scheiterte, den Kauf russischer AKW stoppte ein Gericht. Präsident Zuma aber setzt weiter auf Atom
- 22

.ausgestrahlt-Shop
- 24

Nukleare Außen-Politik

Infografik | Politiker*innen von CDU, FDP, SPD und Grünen fordern die Abschaltung von AKW hinter der Grenze – außerhalb des eigenen Einflussbereichs. Zur Atom-Gefahr im Inland hingegen schweigen sie meist



Foto: Karin Behr / PubliXviewing

AKW überall abschalten

Liebe Leserin, lieber Leser,

bis zuletzt war offen, ob das klappen würde: eine 90 Kilometer lange Menschenkette, durch drei Länder, mit Zigtausenden Teilnehmer*innen, die sich entlang der Strecke irgendwie verteilen müssen. Und die, jenseits des konkreten Aufhängers, dem Pannen-Meiler im belgischen Tihange, eine kraftvolle, unübersehbare Forderung erheben: AKW überall abschalten.

Denn das Atom-Risiko ist noch lange nicht passé. Nicht in Belgien, wo immer neue Laufzeitverlängerungen den formal schon zweimal beschlossenen Atomausstieg konterkarieren und zur Farce machen. Nicht in den Niederlanden, wo der einstige Parlamentsbeschluss zum Ausstieg aufgehoben ist und das schon 44 Jahre alte AKW weitere 16 Jahre laufen soll. Und nicht in Deutschland, das trotz „Atomausstieg“ noch immer fast doppelt so viel Atomstrom produziert wie Belgien und die Niederlande zusammen (Seite 14/15).

Die „Kettenreaktion Tihange“ hat gezeigt, dass dort, wo diese atomare Bedrohung zum großen, öffentlich diskutierten Thema wird, Zehntausende dagegen protestieren und – buchstäblich – an einem Strang ziehen. Wichtig ist nun, dass jeder und jede seinen und ihren Teil dazu beiträgt, das Atom-Risiko zu reduzieren. Schon ein Blick auf die AKW-Karte macht deutlich, dass das nicht bedeuten kann, lediglich mit dem Finger auf die AKW hinter der Grenze zu zeigen. Denn die Gefahr sitzt auch im eigenen Land (Seite 24). Und weil der politische Einfluss dort am größten ist, lässt sie sich dort auch am einfachsten und schnellsten abschalten.

Die kommende Bundesregierung hätte eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die noch laufenden AKW sofort oder deutlich früher als derzeit geplant vom Netz zu nehmen (Seite 10/11). Von ihr wird zudem abhängen, ob tatsächlich, wie angekündigt, spätestens 2022 die letzten Meiler vom Netz gehen oder ob die Laufzeiten der Reaktoren doch noch einmal verlängert werden,

wie es etwa in Belgien der Fall ist. Und ob Atomkraftwerksbetreiber doch noch auf irgendeine Weise finanziell an den von ihnen verursachten Schäden beteiligt werden (Seite 16/17). Der Kampf zwischen erneuerbaren Energien und der fossil-atomaren Energiewirtschaft, unterstreicht Energieexpertin Claudia Kemfert, sei auch in Deutschland noch nicht entschieden; wir steckten vielmehr mittendrin (Seite 12/13). Bringen wir ihn zu einem guten Ende.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

In eigener Sache:
Für sein langjähriges Anti-Atom-Engagement wird .ausgestrahlt-Mitinitiator und -Sprecher Jochen Stay am 15. September in Basel mit dem Nuclear Free Future Award 2017 ausgezeichnet, einem der bedeutendsten internationalen Anti-Atom-Preise.

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Ehrenamtlichen, Angestellten und Praktikant*innen.
www.ausgestrahlt.de/ueber-uns

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.
www.ausgestrahlt.de/magazin

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.
www.ausgestrahlt.de/newsletter

Neu bei .ausgestrahlt

Angela Wolff, Jahrgang 1973, ist zwischen Braunkohlekraftwerk und Atomkraftwerk im Rheinischen Revier aufgewachsen. Heute lebt sie an der dänischen Grenze in Schleswig-Holstein und setzt sich dort ehrenamtlich gegen verfehlte Atompolitik ein. Die Medien- und Kulturwissenschaftlerin hat für TV- und Filmproduktionen, Info-Kampagnen und Magazine geschrieben. Seit Kurzem ist sie Redakteurin bei .ausgestrahlt.



Foto: privat

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher
Bildredaktion: Andreas Conradt
Mitarbeit: Angela Wolff, Carolin Franta, Helge Bauer, Julian Jenkel, Jürgen Rieger, Leonie Joubert, Niklas Mohr, Sarah Lahl, Thomas Rosa, Ute Bruckart
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 42.000
V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



US-Atomtest 1952, aktuelle US-Atomrakete Minuteman-III: Bald sorgt Urenco mit für die Sprengkraft

Urenco liefert Uran für US-Atomwaffen

Die deutsch-niederländisch-britische Atomfirma „Urenco“ versorgt nach WDR-Recherchen die USA mit angereichertem Uran, das zur Herstellung von Tritium für das US-Atomwaffen-Arsenal genutzt wird. Demnach soll die US-Tochter der Urenco die AKW Watts Bar und Sequayah des US-Staatskonzerns TVA bis 2030 mit Brennstoff im Wert von 500 Millionen Dollar beliefern. Die vier Reaktoren dort sind mit Zusatzeinrichtungen ausgestattet, um neben Strom auch das für militärische Zwecke dringend benötigte Tritium zu erzeugen. Damit werde dem größten Kernwaffenstaat der Welt garantiert, dass sein Atomwaffenprogramm „dauerhaft weiterexistieren kann“, kritisierte der Nicht-weiterverbreitungsexperte Wolfgang Liebert von der Uni Wien.

Laut dem Vertrag von Almelo darf Urenco nur Uran für friedliche Zwecke anreichern. Der „Gemeinsame Ausschuss“, das Aufsichtsgremium, in dem auch die Bundesregierung mit Veto-Recht sitzt, hatte sich allerdings schon 2005 auf den Standpunkt gestellt, dass es sich bei dem Waffen-Tritium lediglich um ein „Beiprodukt“ der Stromproduktion handle, für das diese Zivilklausel nicht gelte. Das geht aus einem Bericht des US-Rechnungshofs von 2014 hervor. Demzufolge hat Urenco schon 2006 und 2010 Lieferverträge mit TVA abgeschlossen; die Bundesregierung bestreitet bisherige Lieferungen. „Der Fall zeigt einmal mehr, dass eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Uran nicht möglich ist“, sagte Alex Rosen von den Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW).

Hackerangriff auf US-AKW-Betreiber

Computernetzwerke mehrerer Betreiber von Atomkraftwerken in den USA und anderen Ländern sind nach einem internen Bericht des US-Heimatschutzministeriums in den vergangenen Monaten Opfer von spezialisierten Hackerangriffen geworden. Ziel der Attacken waren vor allem Mitarbeiter*innen, die auch Zugriff auf die Steuerungssysteme der Atomanlage haben. In Deutschland war zuletzt 2016 ein Computervirus im AKW Gundremmingen entdeckt worden. Die Sicherheitsbehörden warnten damals intensiv vor Attacken auf Atomanlagen.



Im Visier von Hackern: AKW Wolf Creek, Kansas



Foto: US Department of Defense

Ärzte warnen vor AKW-Schutt

Der Deutsche Ärztetag 2017 hat in einer Entschließung den Landesatomaufsichten vorgeworfen, die Gefahren durch radioaktiv belastetes Abrissmaterial aus AKW zu verharmlosen und den AKW-Betreibern einen „Blankoscheck“ im Umgang mit diesem Atommüll auszustellen. Damit stellt sich auch die deutsche Ärzteschaft gegen die sogenannte „Freimessung“ und Verteilung von schwach radioaktivem Material. Um Strahlenschäden in der Bevölkerung zu vermeiden, müsse dieses stattdessen nach dem bestmöglichen technischen Stand sicher verwahrt werden, am besten auf dem Kraftwerksgelände selbst.

Atommüll-Export in die USA

33 hochradioaktive abgebrannte Brennelemente aus dem Forschungsreaktor BER-II in Berlin-Wannsee sind Ende Juni mit Lkw nach Nordenham gebracht und von dort per Schiff in die USA exportiert worden. Das enthaltene Uran war niedrig angereichert und also nicht waffenfähig. Das Bundesumweltministerium verwies dennoch auf ein „Abkommen mit den USA zur Nichtverbreitung von waffenfähigem Uran“. Nach Angaben des Ministeriums „besteht keine Verpflichtung zur Rücknahme“ der in die USA verbrachten Abfälle. Das seit Mitte Mai geltende angebliche Exportverbot für Atommüll kam nicht zum Tragen, da die Genehmigung schon zuvor erteilt worden war. Der entsprechende Paragraf im Atomgesetz lässt zudem auch künftig riesige Hintertüren für den Export radioaktiver Abfälle offen.



BER-II: etwa 13 abgebrannte Brennelemente pro Jahr

Foto: Helmholtz-Zentrum Berlin

Atom-Fonds startet mit Negativzinsen

Der frisch gegründete Atommüllfonds muss in den ersten Monaten seines Bestehens unter Umständen Strafzinsen von bis zu 270.000 Euro pro Tag zahlen. Grund ist der Negativzins von 0,4 Prozent, den die Europäische Zentralbank (EZB) derzeit für Guthaben verlangt. Die AKW-Betreiber haben dem Atommüllfonds am 3. Juli 24.147.852.702 Euro überwiesen – 17,9 Milliarden Euro Rückstellungen plus 6,2 Milliarden Euro „Risikozuschlag“. Der Staat übernimmt im Gegenzug die kompletten Kosten für die jahrtausendelange Lagerung der strahlenden Abfälle.

In den Verhandlungen über den Fonds hatten die Betreiber stets behauptet, ihre Rückstellungen für die Atommülllagerung seien ausreichend, weil diese in den kommenden Jahrzehnten jedes Jahr 4,58 Prozent Zinsen erwirtschaften würden. Die Atom-Finanz-Kommission verzichtete auf eine Nachschusspflicht der Konzerne und begnügte sich mit dem kleinen Risikoaufschlag. Mit den 24,1 Milliarden seien die zu erwartenden Kosten „sehr umfassend gedeckt“, beteuerte Jürgen Trittin (Grüne), einer der Vorsitzenden der Kommission.

Wie lange der Fonds brauchen wird, um das Geld anzulegen, ist ebenso unklar wie wo er es gewinnbringend unterbringen wird. Die gesetzlichen Kriterien dazu sind nach einem Bericht der „Welt“ so vage, dass selbst ein Investment in Aktien der AKW-Betreiber nicht ausgeschlossen ist. Unter Umständen könnten die Milliarden so gerade wieder bei den Konzernen landen, etwa in deren Netzbetriebsgesellschaften. Diese erwirtschaften derzeit noch üppige Garantierenditen – bezahlt von den Bürger*innen über die Netzgebühren.



Zwischenlager beim AKW Gundremmingen, inzwischen mit mindestens 42 Castoren befüllt

Foto: RWE

7.–16. August: Widerstandscamp im Wendland

Zu einem internationalistischen Anti-Atom-Widerstandscamp lädt die BI Lüchow-Dannenberg vom 7. bis 15. August nach Gedelitz ins Wendland. Das vielfältige Programm – inklusive Free Flow Festival am Wochenende 11.–13. August – findest Du unter www.bi-luechow-dannenberg.de

9. September: Anti-Atom-Demo in Lingen

Für die Abschaltung des AKW Emsland und die Schließung der Uranfabriken in Lingen und Gronau sowie einen Stopp der Brennelement-Exporte werden Atomkraftgegner*innen am Samstag, den 9. September in Lingen/Emsland auf die Straße gehen. Die Demo startet um 13 Uhr. www.lingen-demo.de

11.–15. Oktober: Uranium-Filmfestival Berlin

Mehr als zwei Dutzend Spiel-, Dokumentar-, Kurz- und Trickfilme aus der ganzen Welt sind vom 11. bis 15. Oktober auf dem Internationalen Uranium Filmfestival in der KulturBrauerei Prenzlauer Berg sowie im Zeiss-Großplanetarium in Berlin zu sehen. Alle widmen sich den Opfern von nuklearen und radioaktiven Katastrophen – ob in Fukushima, Tschernobyl oder Hiroshima, ob durch Uranabbau, Atommüll, Atombombentests oder den Cäsium-Unfall von Goiânia vor genau 30 Jahren.

www.uraniumfilmfestival.org





Atommüll-Verladung beim AKW Obrigheim am 28. Juni: Über eine Rampe rollen die Tieflader mit den Castor-Behältern in eine Art Garage auf dem Schiff

Foto: Janis Grasse



Atommüll stößt auf Widerstand

Rückblick & Aktion | Auf das erste Castor-Schiff sollen noch vier folgen



Foto: .ausgestrahlt

Hier unter dieser Brücke, auf der fast alle stehen oder sitzen, die Anti-Atom-Fahnen in der Hand, hier muss er durch, der Atommüll, wenn er vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim soll, so viel steht fest. Doch das Schiff mit der strahlenden Fracht kommt nicht. Es ankert in Bad Wimpfen. Hängt vor einer Brücke fest, an der Kletterer*innen von Robin Wood mit einem Transparent hängen: „Atommüll verhindern statt verschieben“, fordern sie.

An diesem Mittwoch, dem 28. Juni, schiebt sich der erste von fünf geplanten Atommüll-Transporten neckaraufwärts. Drei Tieflader mit je einem Castor voller abgebrannter Brennelemente sind in der Nacht beim AKW Obrigheim auf den Schubelichter gerollt. Das Schiff hat damit unter anderem 150 Kilogramm Plutonium an Bord, genug für mehr als 20 Nagasaki-Bomben. Höchste Sicherheitsanforderungen erfülle der Transport, haben EnBW und die Behörden im

Vorfeld beteuert, die Polizei hat ein Großaufgebot an Land, zu Wasser und in der Luft aufzufahren. Bloß unter die Brücke in Bad Wimpfen hat offenbar niemand einen Blick geworfen: Die Kletterer*innen haben dort bereits die ganze Nacht verbracht.

Der grüne Umweltminister verkündet, die Strahlenwerte des Transports seien unauffällig. .ausgestrahlt enthüllt: Das Messgerät in Neckarzimmern war hinter einer Betonwand positioniert, an der vom Schiff am weitesten entfernten Seite des Flusses.

In Heilbronn demonstrieren Atomkraftgegner*innen zunächst in der Stadt und am Ufer des Neckarkanals, dann besetzen sie zwei von sechs Fahrstreifen über die Schifffahrtsrinne. Die Polizei trägt und führt die Protestierenden schließlich von der Brücke, einschließlich der großen gelben Plastikente, von acht Beamten*innen umzingelt.



Foto: .ausgestrahlt



Foto: Heilbronner Stimme



Foto: Tim Christensen / Robin Wood



Foto: Angela Berger / www.beobachternews.de

Begleitet von Pfiffen passiert die Atomfracht die Großstadt. Zuvor muss die Polizei an der nächsten Schleuse, im Stadtteil Horkheim, schon wieder den Weg freiräumen. Auch hier haben sich Atomkraftgegner*innen überm Wasser abgeseilt.

In Lauffen säumen vor allem Schaulustige das Ufer, die Smartphones gezückt, die Kinder an der Hand: Selfie mit Castor. „Das ist gefährlicher, radioaktiver Müll“, warnt eine Frau, „der strahlt wirklich“. Ein paar Eltern gucken komisch, schließlich schnappen sie ihre Kinder und laufen die Gasse hoch. Der Schubverband zieht im Schrittempo vorbei, keinen Steinwurf entfernt. Erst als jemand eine Anti-Atom-Fahne aus der Tasche zieht, traben Polizist*innen herbei.

14 Stunden braucht das Schiff am Ende für die 52 Kilometer. „Castor-Transport mit Hindernissen“, titelt die „Stuttgarter Zeitung“ am nächsten Morgen. Da sind die Castoren gerade ins Neckarwestheimer Zwischenlager gerollt: zwei Tunnel, die vor 17 Jahren in den Steilhang des ehemaligen Kalksteinbruchs gegraben wurden. Im kaligen Untergrund des AKW-Geländes wäscht das Grundwasser jedes Jahr bis zu 1.000 Kubikmeter neue Hohlräume aus. Der Bau der Atommüll-Stollen musste einst wochenlang unterbrochen werden, weil das oberhalb gelegene Verwaltungsgebäude des AKW abzusacken drohte. Die Genehmigung des Zwischenlagers läuft 2046 aus.

Schwimmend gegen Atommüll

Mit Paddelbooten, Surfbrettern, Piratenentente und anderen Wassergefährten sowie begleitend

am Ufer protestieren schon am 21. Mai etwa 150 Atomkraftgegner*innen gegen die geplante Atommüll-Verschiebung – wenige Tage zuvor hat das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) die Transportgenehmigung für den hochradioaktiven Müll erteilt. Organisiert hat die Wasser- und Land-Demo ebenso wie die Mahnwachen und Demonstrationen an den Transporttagen das „Bündnis Neckar castorfrei“ mit Unterstützung von .ausgestrahlt.

www.ausgestrahlt.de/neckar-castor

Castor-Alarm 2–5

Mit dem zweiten der fünf geplanten Castortransporte auf dem Neckar ist schon Ende Juli – nach Redaktionsschluss dieses Magazins – zu rechnen, eventuell auch erst Anfang August. Die dritte Atommüll-fuhre könnte demnach Mitte/Ende August auf die Reise gehen. Das „Bündnis Neckar castorfrei“ wird jeweils Mahnwachen und Demonstrationen organisieren, für Transport Nr. 2 in Lauffen am Neckar. Bei Bedarf vermittelt das Bündnis auch Schlafplätze in der Region.

Aktuelle Informationen zu den Transporten und Protesten gibt's online, per E-Mail-Newsletter, per SMS-Alarm, am Info-telefon (0151-4677 6229) oder per Twitter über den Hashtag #NeckarXCastor.

www.neckar-castorfrei.de



Foto: Julian Jenkel



Foto: Jürgen Hellgardt



Foto: Michaela Mägge / PubliXviewiNG



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewiNG



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewiNG



Foto: Karin Behr / PubliXviewiNG



Foto: Karin Behr / PubliXviewiNG

An einem Strang

Anti-Atom-Fahnen am Maas-Ufer, La-Ola-Wellen auf den Straßen und von Dorf zu Dorf: 50.000 Menschen bilden am 25. Juni eine Menschenkette vom belgischen AKW Tihange nach Aachen. Das 90 Kilometer lange Protestband reicht durch drei Länder, die Botschaft geht noch weiter: Atomkraft überall abschalten! Denn nicht nur in Deutschland, Belgien und den Niederlanden stehen gefährliche Atomkraftwerke, die Leben und Gesundheit von Millionen Menschen bedrohen.

Ein ausgeklügeltes Konzept sorgt dafür, dass sich die Zehntausenden Atomkraftgegner*innen einigermaßen gleichmäßig entlang der Strecke verteilen und jeder Abschnitt von Protestierenden aus mehreren Ländern gemeinsam besetzt ist. Die „Kettenreaktion Tihange“ ist damit nicht nur eine der größten Anti-Atom-Demonstrationen in Belgien und Deutschland seit den Mega-Protesten nach Fukushima. Sie bringt auch all jene in Zugzwang, die zwar die Abschaltung der Meiler in Belgien fordern, den Weiterbetrieb von acht AKW in Deutschland hingegen klaglos hinnehmen.

Maßgeblich organisiert haben die aufsehererregende Großaktion Anti-Atom-Aktive aus Aachen, Belgien und den Niederlanden. „ausgestrahlt hat sie mit Know-How und bei der Verwaltung der Finanzen unterstützt, die Aktion bundesweit beworben und mit Kettenbändern und „Hausaufgabenheften“ für die Protestierenden dafür gesorgt, dass die Aktion möglichst großen Druck für die Abschaltung aller AKW entfalten kann. In der heißen Schlussphase vor dem 25. Juni, als jede Hand gebraucht wird, verlegt das halbe „ausgestrahlt-Team seinen Arbeitsplatz für eine Woche ins Menschenketten-Büro nach Aachen oder arbeitet von Hamburg aus der Aktion zu.

www.kettenreaktion-tihange.de



Foto: Sara Lima / Collectif Huma



Foto: Michaela Mägge / PubliXviewiNG



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewiNG



Foto: Georg Maria Vormschlag

Nach der Kette ist vor dem Abschalten

Einleitung | Atomkraft spielt bisher kaum eine Rolle im Wahlkampf. Dabei entscheidet die kommende Bundesregierung, ob die Energiewende wieder Fahrt bekommt und die AKW in Deutschland tatsächlich vom Netz gehen

Der FDP-Bundestagskandidat grinst in die Kamera, er hat das Foto selbst gepostet: Frank Schniske am 25. Juni in Aachen, das Anti-Atom-Kettenband in der Hand: „Atomkraft überall abschalten“, darunter exemplarisch die Namen von neun Reaktoren aus vier Ländern, vom niedersächsischen AKW Grohnde bis zum niederländischen AKW Borssele.

Atomkraft überall abschalten – dafür gehen an diesem Sonntag 50.000 Menschen auf die Straße. Der von Rissen durchzogene Pannemeiler im belgischen Tihange, Luftlinie 65 Kilometer von der Landesgrenze entfernt, ist Aufhänger der Aktion. Aber er ist nicht die einzige Atom-Gefahr für Nordrhein-Westfalen: Die niedersächsischen AKW Lingen/Emsland und Grohnde stehen beide nicht mal 20 Kilometer hinter der Landesgrenze.

Neben dem Städteregionsrat der Städteregion Aachen, einem CDU-Mann, und der von einem Jamaika-Bündnis unterstützten Kölner Oberbürgermeisterin ist auch der Aachener CDU-Oberbürgermeister Schirmherr der „Kettenreaktion Tihange“. Dass „trotz Atomausstiegs-Beschluss auch in Deutschland noch acht Meiler in Betrieb sind“, schreibt die Stadt auf ihrer Webseite, sei „ein weiterer guter Grund, bei der Menschenkette mitzumachen!“

So weit sind die meisten Parteipolitiker*innen in Berlin noch lange nicht. Was AKW angeht, herrscht dort ein schwarz-rot-gelb-grüner Parteienkonsens, der in etwa lautet: Atomkraftwerke sind gefährlich und gehören abgeschaltet, aber nur, wenn sie im Ausland stehen oder, schlimmer noch, im Ausland und nahe der deutschen Grenze stehen. Inländische Meiler hingegen dürfen noch viele Jahre weiterlaufen.

Gefährlicher Parteienkonsens

„Schrottreaktoren wie Tihange und Doel in Belgien oder Fessenheim und Cattenom in Frankreich müssen sofort vom Netz“, fordern etwa die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm. Inländische AKW hingegen müssen demselben Wahlprogramm zufolge lediglich „höchsten Sicherheitsstandards entsprechen“. Abschalten ist damit – mit Ausnahme des AKW Gundremmingen – nicht gemeint. (Für die AKW Brokdorf und Lingen/Emsland strebt die Partei immerhin etwas frühere Abschalttermine an, weil sie die für Windstrom benötigten Stromleitungen besonders verstopfen.) „Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen“, verspricht die SPD; was Deutschland angeht: Weiterbetrieb der AKW bis Ende 2022. Das schreiben auch CDU und CSU. Die FDP spricht

vom „Ausstieg aus der Kernenergienutzung“ in der Vergangenheit, als ob dieser schon Realität sei, plädiert aber gleichzeitig für einen „vielfältigen Energiemix“. Und die AfD fordert offen, die AKW bis zum Ende ihrer „technischen Nutzungsdauer“ zu betreiben – eine kaum verholene Umschreibung für eine Laufzeitverlängerung. Einzig die Linkspartei will alle noch laufenden AKW „unverzüglich“ abschalten, hängt das Thema aber nicht sehr hoch.

Die Abschaltung der AKW würde den Strommarkt entspannen. Sie würde die Netzgebühren reduzieren, weil weniger Überschussstrom für den Export produziert würde, der nicht abgeführt werden kann und deshalb teure Eingriffe in die Stromerzeugung („Redispatch“) erfordert. Sie würde die EEG-Umlage entlasten und unterm Strich sogar einen zügigen Kohleausstieg erleichtern, weil Atom- und Kohleausstieg dann nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Möglichkeiten für die nächste Bundesregierung, AKW früher vom Netz zu bekommen oder für unbestimmte Zeit auszuschalten, gäbe es einige. So könnte der Bund etwa die bayerische Atomaufsicht anweisen, beide Reaktoren des AKW Gundremmingen wegen der gravierenden Mängel im Notkühlsystem stillzulegen. Ebenso könnte sie den Betrieb eines jeden Meilers untersagen, solange dieser keinen Schutz gegen den Absturz großer Passagierflugzeuge nachgewiesen hat. Mit einer einfachen Gesetzesänderung ließe sich unterbinden, dass AKW-Betreiber

Stromproduktionsrechte („Reststrommengen“) bereits abgeschalteter Reaktoren auf noch laufenden Anlagen übertragen und deren Laufzeit damit „heimlich“ verlängern.

Eine verfassungskonforme Brennelementesteuer oder Ähnliches würde den Weiterbetrieb der Reaktoren ökonomisch unattraktiv machen. Überfällig ist zudem eine Regelung, die den Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien wiederherstellt – bei zu großem Stromangebot müssen nicht die erneuerbaren Energien, sondern die Atomkraftwerke ihre Leistung drosseln! Und natürlich könnte die Bundesregierung auch das Atom-Risiko an sich neu bewerten und die Laufzeiten der Reaktoren verkürzen. Dieses Recht hat das Verfassungsgericht erst im vergangenen Jahr ausdrücklich bestätigt.

Laut dem derzeitigen Atomgesetz verlieren nur zwei der acht Meiler in der kommenden Legislatur ihre Betriebsgenehmigung: Gundremmingen B Ende dieses Jahres, Philippsburg-2 Ende 2019. Alle anderen sechs Reaktoren dürfen bis nach der nächsten Wahl weiterlaufen. Ob sie 2022 dann tatsächlich vom Netz gehen, wie es das Atomgesetz seit 2011 verspricht, wird allerdings zu großen Teilen von der Energiepolitik der kommenden vier Jahre abhängen. Zwar könnten schon heute alle acht Meiler sofort wegfallen – siehe auch Interview Seite 12/13. Politisch wird der Druck, sie länger laufen zu lassen, jedoch umso größer ausfallen, je profitabler sie sind und je langsamer der Ausbau der erneuerbaren Energien vorankommt.

Die jährlichen Investitionen in diese haben sich im Vergleich zu 2010 halbiert, der jährliche Zuwachs bei der Solarstromerzeugung ist gar auf ein Fünftel eingebrochen. Unter solchen Voraussetzungen ist selbst eine erneute Laufzeitverlängerung der AKW nicht auszuschließen. Firmieren würde auch dies sicher unter „Atomausstieg“ – dauert eben einfach länger. Eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes kann jede Regierung mit einfacher Mehrheit beschließen.

Vorgeschmack aus NRW

Bei der „Sonntagsfrage“ Anfang Juli kam die Union auf 39, die FDP auf 9 Prozent. Dass eine oder beide Parteien der neuen Koalition angehören, wäre bei einem solchen Wahlergebnis sehr wahrscheinlich. Was das energiepolitisch bedeuten könnte, davon liefert der druckfrische schwarz-gelbe Koalitionsvertrag aus Nordrhein-Westfalen einen Vorgeschmack: Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen; Ökostrom abregeln, wenn Kohle- und Atomstrom die Netze verstopfen; Windkraftausbau bremsen. Dafür ein deutliches Bekenntnis zu konventionellen Großkraftwerken, die als „Brückentechnologie“ bis auf Weiteres „unverzichtbar“ seien.

Auch zu Atomkraft steht in der NRW-Koalitionsvereinbarung ein Satz drin: „Wir setzen uns (...) mit Nachdruck für die Abschaltung der Kernkraftwerke in Tihange und Doel ein.“ Zu den AKW Grohnde und Lingen/Emsland sowie zu allen anderen AKW in Deutschland steht nichts drin.

Armin Simon



Foto: Michaela Mügge / PubliXviewing

„Mitten im Kampf“

Interview | Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert über den Versuch der fossil-atomaren Lobby, die Energiewende auszubremsen, und die Gefahr einer erneuten Laufzeitverlängerung für längst überflüssige AKW

*Frau Kemfert, neun von zehn Bürger*innen halten die Energiewende für „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Sie jedoch sehen sie in Gefahr – warum?*

Claudia Kemfert: Die Energiewende ist mit einem Sprint gestartet. Aber in den letzten Jahren wird sie von Seiten derer, die mit den konventionellen Energien ihr Geld verdienen, systematisch schlecht gemacht und ausgebremst. Die Akzeptanz der Energiewende ist glücklicherweise nach wie vor hoch, sonst würde sie noch mehr behindert als ohnehin schon.

Der Kampf zwischen erneuerbaren Energien und der fossil-atomaren Energiewirtschaft ist also auch in Deutschland noch nicht entschieden?

Nein. Wir sind mitten im Kampf, ich bezeichne es sogar als Krieg um Energie. In den USA können wir sehen, wie weit das gehen kann, wenn das fossil-atomare Kapital seinen Handlanger als Präsidenten gefunden hat und dieser dann nicht nur den Klimaschutz torpediert, sondern auch den Markt für neue innovative Energietechnologien behindert. Die Gefahr ist hierzulande auch da. Wir beobachten seit vielen Jahren, wie gut die PR-Kampagnen gegen die erneuerbaren Energien laufen: Permanent geht es um Stromleitungen, die angeblich erst gebaut werden müssten, oder um Speicher, die erst eingeführt werden müssten, bevor die erneuerbaren Energien ausgebaut werden können – alles Gespensterdebatten, um die Energiewende auszubremsen oder ganz zu stoppen. Und das teilweise sehr erfolgreich: Die Politik hat bereits einige Entscheidungen getroffen, die die Energiewende eher behindern. Der Zubau der Erneuerbaren geht drastisch zurück. Zugleich genehmigt der Wirtschaftsminister Abwrackprämien für Kohlekraftwerke, die den Strompreis ebenso nach oben treiben wie die überdimensionierten Stromleitungen – und das schiebt man dann wieder der Energiewende in die Schuhe.

Worum geht es in diesem Kampf?

Um Marktanteile und Einflussmöglichkeiten – schlichtweg darum, wer in Zukunft im Energiemarkt eine tragende Rolle spielen kann. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den ja sehr stark aufgebrochen, es sind viele Bürgerenergien und mittelständische, kleinere Unternehmen dazugekommen. Die alten großen Energieversorger verlieren immer mehr ihre Basis. Deshalb versuchen sie, die Energiewende zu stoppen oder zumindest zeitlich zu verzögern: Sie wollen ihr Konventionelles-Energien-Geschäft möglichst lange konservieren. Wir Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Unternehmer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen die Energiewende deshalb jetzt verteidigen, alle gemeinsam, und dafür sorgen, dass ihre Ziele auch umgesetzt werden.

Geht der Ausbau der erneuerbaren Energien zu schnell?

Ein weiterer Mythos. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht nicht zu schnell, sondern deutlich zu langsam. Sie werden derzeit künstlich ausgebremst, der Zubau massiv begrenzt. Das Ziel ist ja, 2050 einen Anteil von 80 Prozent aus erneuerbaren Energien zu haben. Wenn wir aber so weitermachen wie zuletzt, werden wir das sicher nicht erreichen.

Schon heute werden aber, wenn in Norddeutschland viel Wind weht, immer häufiger Windkraftanlagen abgeregelt – weil die Leitungen angeblich nicht ausreichen.

Die Ursache dieses Problems liegt darin, dass wir noch immer sehr viel Kohle- und Atomstrom im System haben. Der belegt die Leitungen – und deswegen werden die Windkraftanlagen abgeregelt. Übrigens auch, weil Atom- und Kohlekraftwerke so unflexibel sind. Das ist natürlich widersinnig, es müsste genau umgekehrt sein: Kohle- und Atomkraftwerke müssten vom Netz, die Erneuerbaren müssten Vorrang bekommen. Für sie müssen wir



die Netze nutzen – und nicht zur künstlichen Verlängerung des konventionellen Energiesystems!

Zumindest auf dem Papier steht aber doch ein Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien im Gesetz ...

... das 2009 so geändert wurde, dass auch Kohle- und Atomkraftwerke diesen Vorrang nutzen dürfen – zu Ungunsten der erneuerbaren Energien. Wenn jemand mit abgeschriebenem Kohle- oder Atomkraftwerken preisgünstig Strom produziert, speist er diesen seither auch als erstes ins Netz ein. Die Kohlekraftwerke laufen fast dauerhaft durch und werden in den seltensten Fällen abgeregelt, auch bei wenig Bedarf und gigantischem Stromüberschuss. Den überschüssigen Strom exportieren wir dann zu niedrigen Preisen ins Ausland – das ist widersinnig.

Die Umweltminister der Länder haben vor einigen Wochen gefordert, die Einspeisung von Atomstrom in den sogenannten Netzengpassgebieten in Norddeutschland zu reduzieren. Nähme man das ernst, müsste man die AKW Brokdorf und Emsland doch sofort abschalten ...

Das wäre auch problemlos möglich. Man könnte sogar alle AKW schon heute abschalten, ohne dass es nennenswerte Probleme im deutschen Stromsystem gäbe.

Obwohl die neuen Mega-Stromleitungen noch nicht gebaut sind? Der grüne baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller hat diese als „unverzichtbares Element der Energiewende“ bezeichnet, sein schleswig-holsteinischer Kollege Robert Habeck, ebenfalls ein Grüner, sieht ohne „SuedLink“ gar die Versorgungssicherheit in Süddeutschland in Gefahr.

Das ist ein immer wieder verbreiteter Mythos, weil man vom jetzigen Stromsystem ausgeht, mit einem gleichbleibend hohen Kohlestromanteil, wo man dann zusätzlich die zunehmenden erneuerbaren Energien einspeisen will. Und weil man den Modellsimulationen der Netzbetreiber, mit denen sie diese neuen Leitungen rechtfertigen, uneingeschränkt vertraut. Man geht weiterhin von erheblichen Überkapazitäten im Stromsystem aus. Unsere Modellrechnungen zeigen, dass man, wenn man Atom- und Kohlekraftwerke runterfahren würde, ausreichend Leitungskapazitäten hätte, zumal wenn wir die erneuerbaren Energien samt Speicher dezentral ausbauen, nutzen und speichern. Es ist schade, dass wir permanent nur die Diskussion über Stromautobahnen führen, ohne die eigentlichen Herausforderungen auf dezentraler Ebene zu lösen.

Laut Atomgesetz sollen 2022 die sechs größten Reaktoren binnen zwölf Monaten abgeschaltet werden: drei am Anfang, drei

am Ende des Jahres. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es dann heißt: Das geht nun leider nicht, weil Leitungen oder Speicher fehlen?

Dies ist durchaus wahrscheinlich, wie man heute an den geführten Diskussionen und Gespensterdebatten sehen kann. Weder mangelnde Stromleitungen noch fehlende Speicher behindern derzeit die Energiewende. Man hat allen lange genug eingeredet, wir hätten keine ausreichenden Stromleitungen und – aufgrund des Ausbremsens der Energiewende – vor allem in Süddeutschland nicht genügend Strom, um die Atomkraftwerke abzuschalten. Die Mythen werden geglaubt, auch wenn das Gegenteil richtig ist.

Welche Folgen für den Strommarkt hätte ein Abschalten aller AKW?

Es würde den Markt bereinigen – derzeit haben wir ja massive Kraftwerks-Überkapazitäten. Die erneuerbaren Energien würden so mehr Platz im System bekommen. Das rasche Abschalten der AKW wäre ein erster wichtiger Schritt für den Komplettumbau des Energiesystems, der nächste muss dann ein Kohleausstieg sein. Je weniger konventionelle Energien wir haben, desto eher kann der Markt auch in Richtung erneuerbaren Energien umstrukturiert werden.

Interview: Armin Simon



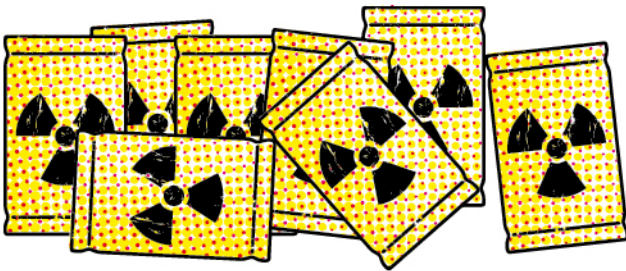
Claudia Kemfert

Prof. Dr. Claudia Kemfert, 48, leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der einstige Bundesumweltminister und CDU-Spitzenkandidat in NRW Norbert Röttgen berief sie 2012 als Energieministerin in sein Schattenkabinett, die schwarz-rote Bundesregierung 2016 in den Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Zudem ist sie Mitglied der High Level Expert Group des EU-Umweltkommissars und der Advisory Group on Energy der Europäischen Kommission. Vor Kurzem erschien ihr Buch „Das fossile Imperium schlägt zurück. Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen“.

Belgien – Deutschland

Hintergrund | Sieben bisweilen überraschende Fakten zur Atomkraft westlich und östlich von Aachen

1 Wo fällt mehr Atommüll an?



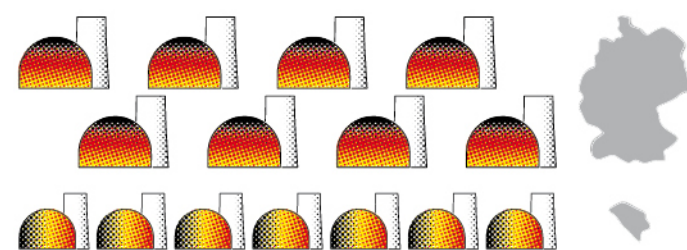
Die AKW in Deutschland produzierten 2016 mit 80,1 Terawattstunden (TWh) doppelt so viel Atomstrom wie die Atommeiler in Belgien (41,3 TWh). Entsprechend wächst der Atommüllberg in Deutschland immer noch etwa doppelt so schnell wie der in Belgien.

3 Welches Land hat die größere AKW-Dichte?



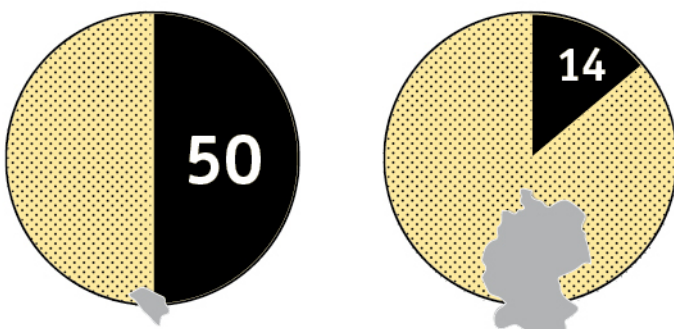
Belgien. Bezogen auf die Fläche stehen hier zehnmal mehr Reaktoren als in Deutschland und sogar zweieinhalbmal mehr als im Atomstromland Frankreich: alle 4.362 Quadratkilometer einer, das dürfte europaweiter Rekord sein. Deutschland kommt (inzwischen) auf 44.672 Quadratkilometer pro Reaktor, Frankreich auf 11.100.

2 Wo sind mehr Reaktoren am Netz?



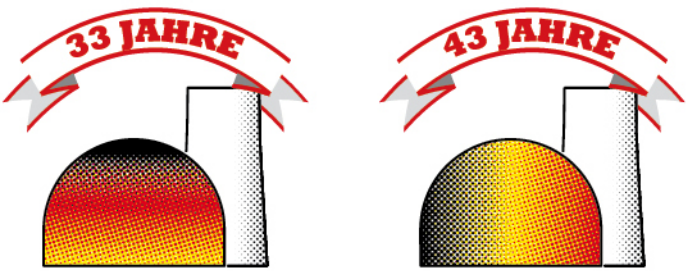
In Deutschland. Hier erzeugen sechs Jahre nach Fukushima noch immer acht Reaktoren Strom, zusammen haben sie eine Leistung von 10,8 Gigawatt. In Belgien laufen noch sieben Atommeiler, die aber zusammen bloß auf 6,2 Gigawatt Leistung kommen.

4 Wo ist der Atomstromanteil höher?



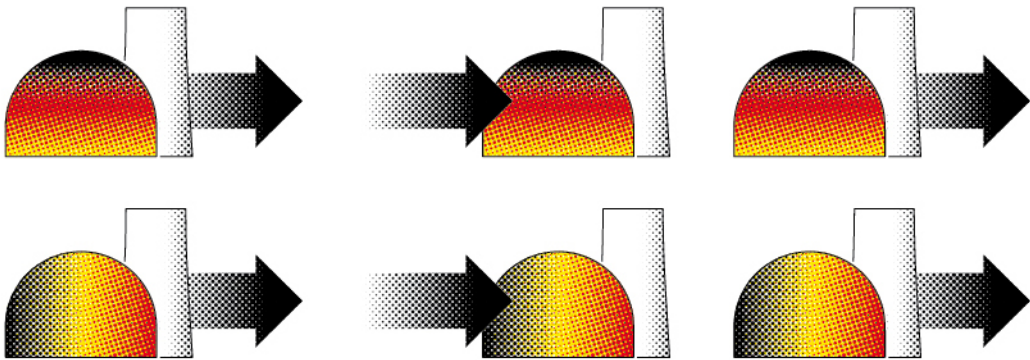
In Belgien. Selbst 2015, als etliche Reaktoren monatelang stilllagen, deckte die Stromproduktion der verbliebenen Meiler dort immer noch gut 30 Prozent des Verbrauchs; in Deutschland lag der Atomkraft-Anteil am Bruttostromverbrauch im selben Jahr noch bei gut 15 Prozent. 2016 stieg der Atomstromanteil in Belgien dann wieder auf rund 50 Prozent. In Deutschland sank er unter anderem infolge der Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld auf 14 Prozent, wobei der Stromproduktionsüberschuss insgesamt weiter anstieg.

5 Wo stehen Oldtimer-Reaktoren?



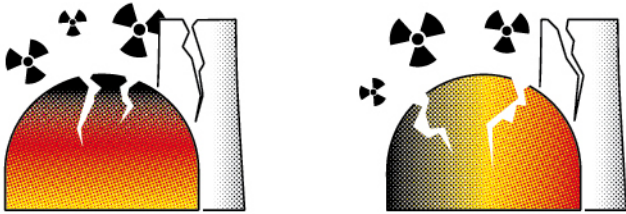
In beiden Ländern. Doel-1 gehört mit seinen bald 43 Jahren zu den ältesten Reaktoren weltweit, dicht gefolgt von Tihange-1 und Doel-2. Doch auch Tihange-2 und Doel-3 haben schon jeweils 35 Jahre auf dem Buckel. Gundremmingen B und C, Grohnde sowie Philippsburg-2 sind oder werden dieses Jahr 33. Doel-4 und Tihange-3 kommen auf 32 Jahre. Autos diesen Alters zählen längst als Oldtimer – einen Status, den auch die vier jüngsten Reaktoren in Deutschland in spätestens zwei Jahren alle erreicht haben werden.

7 Welches Land hat häufiger einen „Atomausstieg“ beschlossen?



Beide je zweimal. In Deutschland legte die rot-grüne Bundesregierung 2002 für jeden der damals 19 Reaktoren eine maximale „Reststrommenge“ fest, die dieser noch produzieren darf. In welchem Zeitraum das geschehen soll, ließ sie allerdings offen, legte also kein Abschaltdatum für die Meiler fest. Bis auf das sowieso unwirtschaftliche AKW Stade 2003 und das AKW Obrigheim 2005 ging deshalb kein Reaktor wegen dieser „Atomkonsens“ genannten Regelung vom Netz. 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung dann eine Laufzeitverlängerung von acht beziehungsweise 14 Jahren, indem sie allen 17 noch laufenden Meilern zusätzliche Reststrommengen zusprach. Nach dem Super-GAU von Fukushima strich sie diese wieder, zudem legte sie erstmals für jeden Reaktor ein Datum fest, zu dem dieser seine Betriebsgenehmigung spätestens verlieren soll. Aufgrund dieser Regelung gingen von den 17 AKW zunächst acht, 2015 dann ein neuntes vom Netz. Die acht verbliebenen

6 Sind nur die belgischen Meiler unsicher?



Nein. In beiden Reaktoren des bayerischen AKW Gundremmingen entspricht das Notkühlsystem seit Inbetriebnahme nicht den gesetzlichen Anforderungen und kann bei schweren Erschütterungen versagen. Das AKW Philippsburg-2 zwischen Karlsruhe und Mannheim verfügte mehr als drei Jahrzehnte nicht einmal über den gesetzlich vorgeschriebenen Schutz gegen kleine Flugzeugabstürze und Erdbeben. Im AKW Brokdorf unweit von Hamburg und im AKW Grohnde in Niedersachsen kam es vergangenes Jahr aus bisher ungeklärter Ursache zu starken Oxidationen an Brennelementen. Und im kalkigen Untergrund des AKW Neckarwestheim bei Stuttgart wäscht das Grundwasser jedes Jahr bis zu 1.000 Kubikmeter neue Hohlräume aus. Kein AKW in Deutschland und Belgien ist gegen den Absturz eines großen Passagierflugzeugs geschützt. In jedem kann es jeden Tag zu einem schweren Unfall kommen, der weite Landstriche auf Jahrzehnte unbewohnbar machen würde.

Reaktoren sollen bis Ende 2022 folgen, allerdings nur, sofern keine Regierung bis dahin etwas anderes beschließt – Belgien lässt grüßen! Im benachbarten Königreich nämlich stimmte 2002 eine liberal-sozialistisch-grüne Parlamentsmehrheit ebenfalls für eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten: Alle Reaktoren sollten nach jeweils 40 Jahren vom Netz gehen, der erste also 2015, der letzte 2025. Dazu kam es jedoch nicht. Eine Nachfolgeregierung beschloss 2009 vielmehr eine Laufzeitverlängerung für alle Meiler um 10 Jahre. Nach Fukushima folgte, ähnlich wie in Deutschland, eine erneute Wende. Nun sollte der ursprüngliche Ausstiegsplan wieder gelten. Allerdings erhielt das AKW Tihange-1 schon wenige Monate später erneut eine Laufzeitverlängerung um 10 Jahre. 2014 folgte dasselbe für die von der Abschaltung bedrohten Uralt-Meiler Doel-1 und Doel-2. Formal gilt bis heute das Ausstiegsgesetz von 2003. Real sind noch alle sieben Reaktoren am Netz ...



Erst ließ die Regierung die Brennelemente-Steuer Ende 2016 auslaufen. Nun verdoppelt ihr Dilettantismus das Milliarden Geschenk

Foto: Andreas Conradt / PubliXViewing

Eklatante Fehler

Analyse | Die Bundesregierung hätte die Niederlage bei der Brennelemente-Steuer leicht verhindern können. Nun muss die neue Koalition den Milliarden Schaden mit einer verfassungskonformen Neuauflage der Steuer zumindest begrenzen

Die Bundeskanzlerin und ihre Minister*innen haben einen Amtseid geleistet. In diesem heißt es: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden (...) werde.“ Mal davon abgesehen, dass ich mit dem Begriff „deutsches Volk“ nicht sonderlich viel anfangen kann und finde, dass sich Regierungshandeln in einer vernetzten Welt auf den Nutzen aller Menschen auf diesem Planeten beziehen muss, halte ich die in der Eidesformel festgeschriebene Verpflichtung auf das Allgemeinwohl für eine gute Sache.

Doch die beiden letzten Bundesregierungen haben diesen Eid nicht eingehalten. Durch eklatante Fehler der schwarz-gelben Regierung 2010 und der großen Koalition 2016 bekommen

die Stromkonzerne auf Kosten der Allgemeinheit sechs Milliarden Euro Brennelementesteuer plus eine Milliarde Euro Zinsen zurück.

Dilettantisches Steuergesetz

Das Bundesverfassungsgericht hat am 7. Juni entschieden, dass diese Steuer – erhoben von 2011 bis 2016 immer dann, wenn neue Brennelemente in einen Reaktor eingesetzt wurden – nicht verfassungsgemäß war. Die Karlsruher Richter*innen begründeten ihre Entscheidung damit, dass die Regierung die Steuer als Verbrauchssteuer eingeführt habe, diese aber gar nicht von den Verbraucher*innen gezahlt wurde, sondern mit den Brennstäben quasi die Produktionsmittel der AKW-Betreiber mit der Steuer belegt waren.

2010, als Schwarz-Gelb sich diese Konstruktion ausdachte, hatten Eon, RWE und Co noch nichts dagegen. Zwar wurde die Einführung der Steuer offiziell damit begründet, Subventionen für die Atomkraft abzubauen und die Kosten für die Sanierung des maroden Atommüll-Lagers Asse II eintreiben zu wollen. Doch schon damals war klar, dass es sich eigentlich um einen Deal zwischen Staat und Wirtschaft handelte: Wir verlängern euch die AKW-Laufzeiten, dafür gebt ihr uns was von den zusätzlichen Gewinnen ab.

Als dann nach Fukushima 2011 die Laufzeitverlängerungen zum größten Teil wieder zurückgenommen wurden, blieb die Steuer bestehen und die Stromkonzerne klagten. Jetzt hat Karlsruhe zu ihren Gunsten entschieden.

Das Urteil ist nur rückwirkend relevant, denn Ende 2016 ist die Steuer ausgelaufen. Obwohl es im Bundestag eigentlich fraktionsübergreifend eine Mehrheit für die Beibehaltung der Steuer gab, entschied sich die SPD – anders als jüngst bei der „Ehe für alle“ – für die Koalitionsdisziplin und stimmte den Anträgen der Opposition auf Verlängerung der Steuer nicht zu. Inzwischen, nach der Entscheidung des Gerichtes, ist diese Debatte so oder so obsolet.

Schlecht verhandelt

Allerdings hätte es auch ganz anders laufen können – und damit komme ich zum Fehler der Großen Koalition vergangenen Herbst: Bei den Verhandlungen über die Folgekosten der Atomkraft kam die Politik den Konzernen weit entgegen. Gegen eine einmalige Zahlung von rund 24 Milliarden Euro sollten die AKW-Betreiber sich von der Haftung für ihren Atommüll freikaufen können – inzwischen haben sie das getan. Die Summe war aufgrund der angeblich prekären wirtschaftlichen Situation zumindest

Bei den Verhandlungen über den Atommüll-Fonds kam die Politik den Konzernen weit entgegen

einzelner Konzerne so niedrig festgelegt worden. Als Gegenleistung sollten die AKW-Betreiber eigentlich alle Klagen, die sie gegen den Staat laufen hatten, zurücknehmen. Darauf drängte besonders das Bundesfinanzministerium.

Doch die Regierung setzte dieses Junktim nicht durch. Zwar ließen die Konzerne einige

Klagen fallen, die gegen die Brennelementesteuer aber nicht. Mit der durch das Karlsruher Urteil nun ausgelösten Überweisung von sieben Milliarden Euro an die Konzerne reduziert

sich deren Aufwand für die Atommüll-Lagerung von 24 auf 17 Milliarden Euro. Und weil die Regierung im entsprechenden Gesetz auch für den Fall, dass es Eon, RWE und Co wirtschaftlich wieder besser gehen sollte, keine Nachschusspflicht an den Fonds festgelegt hat, können diese das Geld nun einfach einstreichen und an ihre Aktionär*innen ausschütten und müssen keinen Cent mehr für ihren Atommüll bezahlen.

Unterm Strich ist das ein riesiges Geschäft für die Stromkonzerne. Sie kommen in Sachen Atommüll-Lagerung billig davon und sind die Verantwortung für ihre strahlenden Abfälle für immer los.

Unterm Strich ist es aber auch ein weiteres Argument, die noch laufenden AKW schon jetzt abzuschalten: Dann produzieren sie wenigstens keine weiteren Kosten für die Allgemeinheit. Für den Fall, dass sie trotzdem noch weiterlaufen, braucht es schleunigst eine verfassungskonforme Besteuerung oder Abgabe, damit die

Betreiber an den Kosten beteiligt werden, die etwa in der Atommüllkippe Asse II weiter entstehen.

Vertreter*innen von SPD, Grünen und Linkspartei haben dies nach dem Karlsruher Urteil vehement gefordert. Mal sehen, ob sie es bei einer künftigen Regierungsbeteiligung auch umsetzen.

Jochen Stay



6

Jahre

Die schwarz-gelbe Bundesregierung führte die Brennelemente-Steuer 2011 ein, befristete sie allerdings – anders als alle anderen Steuern – auf ganze sechs Jahre, also bis Ende 2016.

145

Euro

Pro Gramm Uran oder Plutonium, das in einem AKW zum ersten Mal zum Einsatz kam, waren 145 Euro fällig. Das CDU-geführte Bundesfinanzministerium hatte 2010 zunächst sogar einen Steuersatz von 220 Euro pro Gramm Atombrennstoff vorgeschlagen, um die Wettbewerbsvorteile der Atomkraft auf dem Strommarkt zu kompensieren.

500.000

Euro

Der rückwirkende Wegfall der Brennelemente-Steuer aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 7. Juni 2017 beschert den AKW-Betreibern eine Steuerrückzahlung von insgesamt rund 7 Milliarden Euro. Von 2011 bis 2016 hat damit jeder Reaktor nachträglich jeden Tag etwa 500.000 Euro mehr verdient. .

„Einfach mal losfahren“



Foto: privat

Porträt | André Plümer, 41, kämpft mit dem Aktionsbündnis „Bielefeld steigt aus“ für die Stilllegung des AKW Grohnde. Zur trinationalen Menschenkette von Tihange nach Aachen organisierte er eine Anti-Atom-Fahrradtour quer durch NRW

Ich bin Fan von Themenradtouren zu Events und habe mich inspirieren lassen – beispielsweise, als 2016 Klima-Aktivist*innen bei der Aktion „Ende Gelände“ auch durch Bielefeld geradelt sind. Damals hatte ich leider keine Zeit mitzumachen. Aber jetzt, im Vorfeld zur Anti-Atom-Menschenkette, wollte ich die Gelegenheit nutzen. Ich habe also mal geguckt, wie das wäre, wenn man eine Radtour nach Tihange unternehmen würde.

Mit ist aufgefallen: Auf den rund 430 Kilometern zwischen den AKWs Grohnde und Tihange gibt es viele Orte, die im Zusammenhang mit der Atomindustrie oder einer verfehlten Energiepolitik stehen: Zum Beispiel der stillgelegte Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm-Uentrop, das Kohlekraftwerk in Datteln und die Atommüll-Konditionierungsanlage der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) in Duisburg. Mir war es wichtig, bevor wir in Belgien demonstrieren, auf diese beispielhaften Punkte in Deutschland aufmerksam zu machen. Dazu war die Tour eine gute Gelegenheit.

Wir wussten erstmal gar nicht, wie viele Leute wir sein würden, wir hatten über unsere Website, Twitter und Presse dazu aufrufen, mitzuradeln. Am AKW Grohnde ging es los, da starteten zehn Leute, mobilisiert von der Regionalkonferenz „Grohnde abschalten“. Am nächsten Tag in Bielefeld standen um zehn Uhr 20 Leute am Rathaus und verabschiedeten uns. Das war unerwartet! Ich bin nach der Kundgebung meine erste Etappe mitgeradelt. Dann stießen immer wieder Leute zu uns: Am Forschungszentrum Jülich trafen wir einen Kölner Radler und es gab Eis und Waffeln von lokalen Atomkraftgegner*innen.

„Mich ärgert, dass Leute aus falsch verstandenen Lokalpatriotismus keine Kritik am eigenen AKW äußern.“

Auch Polizei, Objektschutz und ein Kernforscher schauten – ohne Einladung – vorbei.

Wir hatten schon vorher den Medien Bescheid gesagt. In Grohnde war die Presse dabei, in Bielefeld kam sogar das Fernsehen, über unseren Besuch in Hamm-Uentrop erschien ebenfalls ein Zeitungsartikel. In Duisburg hatten wir ein Treffen mit Initiativen-Leuten an der GNS-Anlage und haben Fotos für unsere Webseite gemacht. Und in Belgien haben wir dann mit französischsprachigen Flugblättern über unser Anliegen und über die bevorstehende Menschenkette informiert.

Unsere Räder waren gut zu erkennen mit den Anti-Atom-Fahnen und dem Tour-Hinweisschild; es war ein toller Moment, als uns andere Radfahrer fotografiert haben. Übernachtungsplätze zu finden war zum Teil abenteuerlich. Wir hatten vorher Initiativen angeschrieben, die es entlang der Strecke gibt, auch Kirchengemeinden, so nach dem Motto: Wir machen eine Anti-Atom-Pilger-tour, stellt uns doch eure Gemeindegänge zur Verfügung. Gelandet sind wir dann meist bei anderen Anti-Atom-Aktiven. Einmal haben wir bei einem Grünen Stadtratsmitglied übernachtet, der gesagt hat, ja, notfalls könnt ihr bei mir unterkommen.

Bei der Menschenkette sollten wir zum Streckenabschnitt 38, radelten also morgens vom AKW Tihange los in Richtung Maastricht und sahen unterwegs die ganzen Vorbereitungen für die Aktion. Am Ziel in Oupeye anzukommen, war erstmal komisch, nachdem wir tagelang unterwegs gewesen waren. Dort trafen wir aber unsere Leute von zu Hause wieder, die hatten zwei Busse aus Ostwestfalen-Lippe organisiert. Echte Teamarbeit also.

Ich kann auf jeden Fall sagen, das war eine sehr gute Erfahrung. Ich habe viele Einblicke gewonnen, einfach dadurch, dass man mal losfährt

und sich mit Leuten von anderen Initiativen trifft, die man sonst nur aus dem Internet kennt. Ich kann nur jeden ermutigen: Macht auch sowas, überlegt euch was, macht zur nächsten Demo eine Fahrrad-Sternfahrt und schreibt die Initiativen unterwegs an. Triffst euch und tauscht euch über Sichtweisen und Pläne aus! Da kann man viel lernen und wer weiß, was daraus entsteht.

Ich bin ja aktiv im „Aktionsbündnis Bielefeld steigt aus“. Es wurde kurz vor der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung 2010 gegründet. Damals hielt die Stadt über ihre Beteiligung an den Stadtwerken acht Prozent Anteile am AKW Grohnde und es wurde gefordert, diese zu verkaufen. Nach Fukushima lehnte der Stadtrat das ab mit dem Hinweis, der Strombezug der Stadtwerke aus dem AKW würde ohnehin 2018 enden. Stattdessen kaufte die Stadt durch die Rekommunalisierung der Stadtwerke sogar noch AKW-Anteile dazu.

Laut Atomgesetz darf das AKW Grohnde bis Ende 2021 laufen. Die Stromproduktionsrechte („Reststrommengen“) des Reaktors reichen aber voraussichtlich nur bis 2019. Dann müsste also schon Schluss sein – es sei denn, Eon überträgt überschüssige Stromproduktionsrechte bereits abgeschalteter Reaktoren auf Grohnde.

Neben der Beteiligung an großen Demos organisieren wir auch lokale Aktionen und Kampagnen. Konkret für mehr Energiewende und die Stilllegung des AKW Grohnde. 2014 forderten wir als Initiative „Bielefeld steigt ein“ Ökostrom für die Stadtbahn. Das kam durch. 2016, dass die städtischen Gebäude auf Ökostrom umsteigen (Teilerfolg) und dass die Stadtwerke keinen Graustrom mehr handeln (abgelehnt).

Mehrfach waren wir bei großen städtischen Events wie dem „Run ‘n’ Rollday“ und den „Nachtansichten“ dabei, da sind die Stadtwerke Hauptsponsor. Wir sind dann verkleidet als Castor mit „Bielefelder“-Atommüll und Wasserwerfer auf der Stadtautobahn mitgejoggt. Bei den „Nachtansichten“ Ende April haben wir das AKW samt Not-Aus-Schalter auf einem beleuchteten Fahrradanhänger in die Innenstadt geholt und an Kunstgalerien und Event-Orten Unterschriften für unsere „Not-Aus“-Forderungen gesammelt: Erstens soll die Stadt von der Atomaufsicht die Stilllegung einfordern, sich zweitens gegen die Übertragung von Stromproduktionsrechten einsetzen und drittens der Klage von Bürger*innen gegen den Weiterbetrieb des AKW beitreten. Wir haben diese Forderungen bei der Stadt eingereicht, WDR 2 hat darüber berichtet. Jetzt wurden

sie abgelehnt und die Grünen haben wortreich begründet, warum sie zwar persönlich gegen AKW sind, aber als Miteigentümer und wegen des Atomgesetzes keine schnellere Stilllegung fordern könnten. Unglaublich.

Auch wenn das gerade gescheitert ist – wir machen weiter. Es ist einfach für deutsche Politiker, die Abschaltung von AKW im Ausland zu fordern; selbst die CDU sagt, dass die gefährlich sind und sofort abgeschaltet werden müssen. Bei uns in Bielefeld laufen wir hingegen schon bei SPD und Grünen immer wieder gegen Wände, wenn wir konkrete Anti-AKW-Schritte fordern. Es ärgert mich, dass Leute aus falsch verstandenem Lokalpatriotismus keine Kritik am eigenen AKW äußern. Aber dieser Ärger gibt mir Energie für neue Aktionen.

Protokoll: Julia Schumacher

Impressionen von der Radtour:
www.grohnde-tihange.apgw.de

Atom-Stadt Bielefeld

Initiiert von der „Regionalkonferenz Grohnde abschalten“ haben in den vergangenen sieben Monaten 15 Kommunen und Gebietskörperschaften Anträge für eine beschleunigte Abschaltung des AKW Grohnde verabschiedet, darunter die Stadt Gütersloh und der Landkreis Göttingen. Bielefeld hingegen nicht – obwohl hier die zuständige Katastrophenschutzbehörde sitzt und die kommunalen Stadtwerke Miteigentümer des AKW sind. Eine entsprechende, vom „Aktionsbündnis Bielefeld steigt aus“ initiierte Bürgeranregung wurde am 6. Juli im städtischen Hauptausschuss abgelehnt.

www.bielefeld-steigt-aus.de/notaus
www.grohnde-kampagne.de

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönaauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

Mehrheit für Doppel-Aus in Gundremmingen

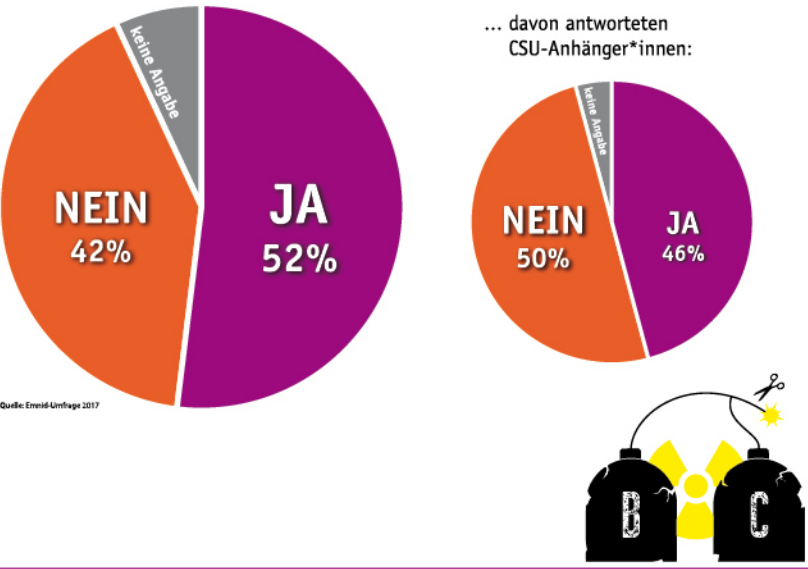
Die Mehrheit der Bayern ist dafür, nicht nur einen, sondern beide Reaktoren des AKW Gundremmingen noch 2017 abzuschalten. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München. Selbst unter den CSU-Anhänger*innen sind noch 46 Prozent für eine Abschaltung von Block B und C in diesem Jahr.

Das Risiko, das von dem größten bayerischen AKW ausgeht, führt eindrücklich und konkret eine neue Foto-Ausstellung vor Augen, die .ausgestrahlt gemeinsam mit dem BUND Naturschutz in Bayern, den Ärzten gegen Atomkrieg (IPPNW) und dem Umweltinstitut München herausgebracht hat. Sie stellt Bilder aus der Umgebung des AKW Tschernobyl und des AKW Gundremmingen gegenüber. Die Plakatserie ist bereits an rund 50 Orten zu sehen – Bestellung auf Seite 22.

www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen

Umfrage zeigt: Mehrheit in Bayern für Gundremmingen-Aus in 2017

Sind Sie der Meinung, dass beide Reaktoren des Atomkraftwerks Gundremmingen 2017 abgeschaltet werden sollen?



Gorleben: Die Ruhe trägt

Mit Infoständen, Plakaten und Broschüren informiert .ausgestrahlt auf der „Kulturellen Landpartie“ im Wendland sowie dem evangelischen Kirchentag in Berlin über die geplante Standortsuche für ein Atommülllager und die trügerische Ruhe in Gorleben. Spielerisch ausprobieren lässt sich das auf der von .ausgestrahlt aufgebauten „weißen Landkarte“: Wo auch immer und mit welchem Dreh und Schwung die Standortsuche darauf auch startet, am Ende plumpst der Atommüll doch genau in Gorleben ins Loch – scheint irgendwie an den Auswahlkriterien des Suchverfahrens zu liegen ...

Die aktualisierte und um ein viertes Info-Plakat erweiterte Ausstellung „Gorleben soll leben“ gibt's ebenso wie den neuen Flyer „Trügerische Ruhe“ auf Seite 23.

www.ausgestrahlt.de/gorleben



...ausgestrahlt auf der Kulturellen Landpartie im Wendland ...

Atomkraft in Südafrika



Hintergrund | Das Kugelhaufenreaktor-Projekt scheiterte, den Kauf russischer AKW stoppte ein Gericht. Vor allem Präsident Zuma aber setzt weiter auf Atom

Südafrika ist das, was man das Epizentrum der Atomkraft-Diskussion in Afrika nennen könnte: Erstens steht hier das einzige Atomkraftwerk des Kontinents. Zweitens erwägt das Land, das 2010 aufgegeben Kugelhaufenreaktor-Projekt – die Technologie wurde aus Deutschland importiert – wieder zu reaktivieren. Und drittens erstritt die Zivilgesellschaft hier vor Kurzem einen juristischen Erfolg, der die Versuche der Regierung, eine ganze Reihe neuer AKW in Russland einzukaufen, blockiert und zudem jede Menge Unregelmäßigkeiten bei dem geplanten Milliardengeschäft aufdeckte.

Die beiden Reaktoren im AKW Koeberg – auf der ganzen Südhalbkugel der Erde gibt es nur sieben – haben eine Leistung von jeweils 900 Megawatt. Das Gelände liegt etwas außerhalb von Kapstadt. Die Meiler sind seit mehr als 30 Jahren in Betrieb und decken nach Angaben des staatlichen Kraftwerksbetreibers Eskom etwa fünf Prozent des südafrikanischen Strombedarfs.

Heimliches Atom-Programm

Die öffentliche Meinung über Atomkraft in Südafrika einzuschätzen, ist schwer, da es bisher keine wissenschaftlichen Untersuchungen zu Wissen und Bewusstsein der Bevölkerung über Atomkraft gibt. Klar ist allerdings, dass die kürzlich erfolgreiche Klage der Umweltorganisation Earthlife Africa (ELA) gegen die AKW-Neubaupläne der Regierung den Atomkraftgegner*innen Rückenwind und Aufmerksamkeit gebracht hat. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs verbietet

es dem Energieministerium, nukleare Technologie und Konstruktionshilfe von dem russischen Staatskonzern Rosatom zu erwerben, um AKW mit einer Gesamtkapazität von bis zu 9.600 Megawatt zu bauen.

Südafrikanische Atomkraftgegner*innen hatten Wind von dem Atom-Deal zwischen Südafrika und Russland bekommen, der ohne die von der Verfassung bei allen größeren Infrastrukturprojekten vorgeschriebene geforderte Beteiligung der Öffentlichkeit und parlamentarische Aufsicht vorstattenging. ELA versuchte daraufhin zunächst mit schriftlichen Eingaben an die Regierung, die Einhaltung der Vorschriften zu erzwingen. Diese Versuche waren laut ELA-Anwalt Adrian Pole jedoch größtenteils wirkungslos.

Im Oktober 2015 reichte ELA dann Klage gegen das Projekt ein. Der darauffolgende Prozess deckte das Ausmaß staatlichen Missmanagements in dem ganzen Verfahren auf. Im April urteilte der oberste Gerichtshof, dass der Vertrag zwischen Südafrika und Russland geheim geschlossen wurde und also nicht verfassungsgemäß war. Er hob die Vereinbarung deshalb auf.

Zwar hält die Regierung weiter an dem Atomprogramm fest. Sie muss aber das ganze Verfahren neu aufrollen und sich dabei an das korrekte Prozedere halten. Der ehemalige ELA-Vorsitzende Tristen Taylor hofft, dass das Ende der Atomkraft in Südafrika bedeuten könnte. Denn die nuklearen Ambitionen der Regierung hängen allein am derzeitigen

Präsidenten Jacob Zuma, dessen Amtszeit 2019 endet. Sei Zuma erst einmal ersetzt, so Taylor, gebe es nur wenige in der Regierung, die das Atomprogramm, das mehr als ein Jahresbudget des gesamten Landes kosten würde, fortsetzen wollten.

Wind und Sonne könnten Energiebedarf decken

Die Strategie, rechtlich gegen die staatlichen Atompläne vorzugehen, ist Teil einer größeren Anti-Atom-Kampagne, die Organisationen wie ELA seit über zwei Jahrzehnte verfolgen: Graswurzel-Aktivismus, Medienkampagnen, Lobbyarbeit und Teilnahme an offiziellen Beteiligungsverfahren zu politischen Entscheidungen.

Ein ähnlicher Sieg vor Gericht foht 2006 die Umweltverträglichkeitsprüfung eines geplanten Versuchsreaktors nach dem Kugelhaufenprinzip in Koeberg an. Das Projekt, das deutsche Technologie aus dem Kernforschungszentrum Jülich nutzte, wurde 2010 aufgegeben, als die notwendigen finanziellen Mittel nicht aufgebracht werden konnten. Jedoch erklärte Eskom 2016, den Plan wiederbeleben zu wollen.

Die zentrale Auseinandersetzung dreht sich um den „Integrierten Ressourcen-Plan“, der Blaupause für den Ausbau der Energieinfrastruktur Südafrikas bis 2030. Energieforscher*innen und Bürger*innen kritisieren, dass der derzeitige Plan stark auf den massiven Ausbau von Atom- und Kohleenergie setzt, ohne den rapide fallenden Preis von Solar- und Windenergie zu berücksichtigen, welche den wachsenden Energiebedarf des Landes gut decken können.

Leonie Joubert, Übersetzung: Niklas Mohr



... und auf dem Kirchentag in Berlin

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 2531-8940 oder direkt online – da gibt’s auch das volle Sortiment zu sehen: www.ausgestrahlt.de/shop

AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen!

Ausstellung „Gundremmingen | Tschernobyl: Was wäre, wenn ...“
Fotografische Gegenüberstellungen aus der Sperrzone um Tschernobyl und einer möglichen um Gundremmingen
Set mit 6 Plakaten, A2 – kostenlos M-312-07



Hintergrund-Info „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“
Fragen und Antworten zu den zwei gefährlichsten Reaktoren in Deutschland
A5, vierseitig – kostenlos M-312-05



Plakat „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“
Fragen und Antworten zu den geplanten Castor-Transporten vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim
A2 – kostenlos M-312-01
A3 – kostenlos M-312-02

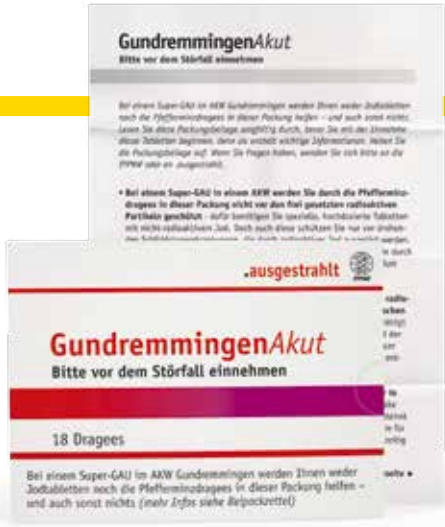


Menschenkette Tihange–Aachen

Hausaufgabenheft für Atomkraftgegner*innen
Acht Vorschläge, was Du im Anschluss an die Menschenkette für einen europäischen Atomausstieg tun kannst. Inklusive zehn Anti-Atom-Sonnen-Aufklebern in drei Sprachen
A6, 16 Seiten – kostenlos M-314-05



Tabletten „Gundremmingen akut“
18 Pfefferminz-Dragees in Jodtabletten-Aufmachung, mit Beipackzettel (Informationen zu den Gefahren des AKW Gundremmingen).
ermäßigter Preis – 1 Euro V-312-02-1
normaler Preis – 1,50 Euro V-312-02-2
Soli-Preis – 2 Euro V-312-02-3



Flyer „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“
DIN lang, sechsseitig, mit Antwortkarte – kostenlos



Unterschriftenliste „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“
Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften
A4, zweiseitig – kostenlos M-312-04

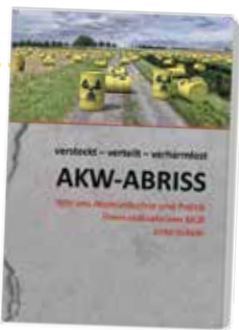


Aufkleber „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“
wetterfest, 160 x 6,5 cm – 10 Cent V-312-01



Atom-Schutt

Broschüre „AKW-Abriss – wie uns Atomindustrie und Politik ihren radioaktiven Müll unterjubeln“
von der Bürgerinitiative Atommüll
Einlagerung Stopp Harrislee (BAESH)
A4, 28 Seiten – 1 Euro V-302-12



Neckar-Castor

Plakat „Die Titanic vom Neckar“
EnBW behauptet: Castor-Schiff unsinkbar
A2 – kostenlos M-313-08
A3 – kostenlos M-313-09



Plakat „Neckar castorfrei“
A2 – kostenlos M-313-01
A3 – kostenlos M-313-02



Flyer „Neckar castorfrei“
Info-Flyer zur bundesweiten Verwendung
A5, vierseitig – kostenlos M-313-07

Info-Flyer für die Bevölkerung in den Orten entlang der Castor-Transportstrecke im Neckartal
A5, zweiseitig – kostenlos M-313-06

Bücher

Claudia Kemfert: „Das fossile Imperium schlägt zurück“
144 Seiten – 14,90 € V-124-37



40 Jahre Gorleben ... und kein Ende

Ausstellung „Gorleben soll leben“ – erweiterte und überarbeitete Neuauflage
4 Plakate zu (1) Geologie des Salzstocks und Gefahren eines Atommülllagers dort, (2) Tricks und Lügen, um den Standort durchzudrücken, (3) 40 Jahre Widerstand und (4) zur Situation heute.

Set mit allen 4 Plakaten – 60 x 80 cm
24 Euro Soli-Preis V-302-07-1
12 Euro Normal-Preis V-302-07-2

Einzelplakate – 3 Euro
„Geologie“ V-302-08
„Tricks“ V-302-09
„Widerstand“ V-302-10
„Aktuelle Situation“ V-302-11



Anti-Atom-Quietscheentchen
Das Maskottchen der Protest-Bewegung gegen die Castor-Transporte auf dem Neckar
100 % Naturkautschuk – 5 Euro V-123-54



Unterschriftenliste „Keine Castor-Transporte von Obrigheim nach Neckarwestheim“
Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften
A4, zweiseitig – kostenlos M-313-03



Hintergrund-Info „Atommüll auf dem Neckar“
Fragen und Antworten zu den geplanten Castor-Transporten vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim
A5, vierseitig – kostenlos M-313-04



Aufkleber „Neckar castorfrei“
wetterfest, ø 9,5 cm – kostenlos M-313-05



Flyer „Gorleben – Trügerische Ruhe“
Ein Überblick zur Geschichte und der jetzigen Situation am Standort Gorleben
DIN lang, acht Seiten – kostenlos M-302-27



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 36
zum Auslegen und Verteilen
A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-36





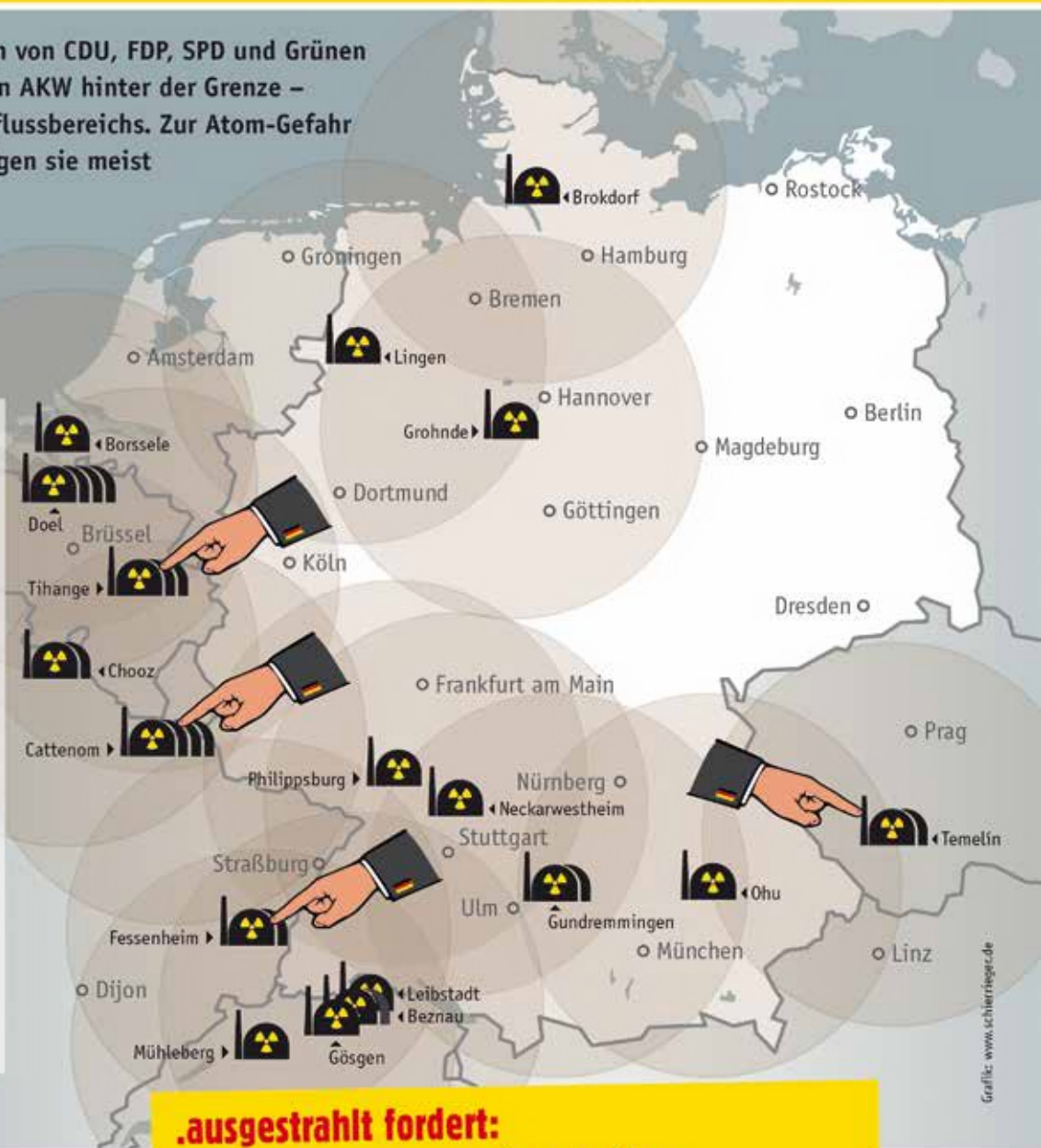
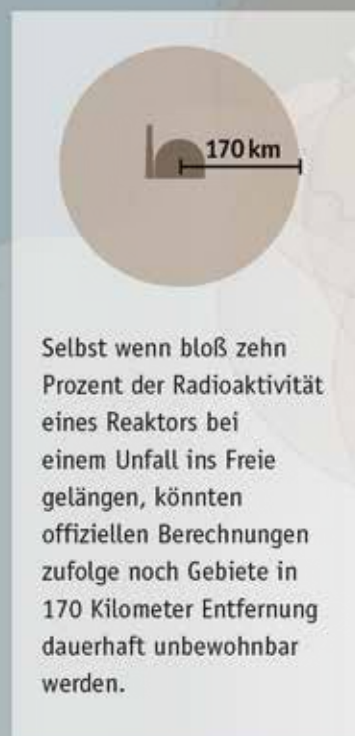
Foto: privat

„Ich fördere .ausgestrahlt, weil die Gefahren und Risiken der Atomkraft enorm und in einem Schadensfall kaum beherrschbar sind. Die einzig wirkliche und wirksame Prävention ist der sofortige Atomausstieg.“

Manuel Haß, Reutlingen

Nukleare Außen-Politik

Infografik | Politiker*innen von CDU, FDP, SPD und Grünen fordern die Abschaltung von AKW hinter der Grenze – außerhalb des eigenen Einflussbereichs. Zur Atom-Gefahr im Inland hingegen schweigen sie meist



.ausgestrahlt fordert:

- Alle AKW abschalten – egal wo sie stehen
- Politiker*innen aus Deutschland müssen insbesondere die deutschen Meiler endlich stilllegen